



Investitionsschutzabkommen mit Panama

Aufgrund des Antrages des EVD vom 22. September 1983

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Der Wortlaut des Abkommens zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Republik Panama über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen inkl. Briefwechsel wird gutgeheissen.
2. Der schweizerische Geschäftsträger in Panama, René Rodé, wird ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen und im Namen des Bundesrates zu notifizieren, dass auf schweizerischer Seite die verfassungsmässigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.
3. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die erforderliche Unterzeichnungsvollmacht auszustellen.
4. Die Bundeskanzlei wird das Abkommen in der Gesetzessammlung veröffentlichen.

Für getreuen Auszug,  
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
i.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	10	-
		EMD		
	X	EFD	7	-
X		EVD	15	-
		EVED		
X		BK	5	-
	X	EFK	2	-
	X	Fin. Del.	2	-





2310.1

geteilt

Bern, den 26. September 1983

nt für die PresseAn den B u n d e s r a tInvestitionsschutzabkommen mit Panama1. Zusammenhang

Die Schweiz unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch verschiedene Massnahmen der öffentlichen Hand. Die Bereitstellung von Bundesmitteln zu diesem Zweck ist naturgemäss begrenzt. Eine sinnvolle Ergänzung sehen wir u.a. in privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, sofern sie den Anliegen des Geber- wie des Empfängerstaates Rechnung tragen. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben dem Zufluss von Geld oder Sachwerten in der Regel gleichzeitig technisches Wissen und technische Erfahrung, Leistungen, die in den Entwicklungsländern in hohem Mass willkommen sind. Private Kapitalanlagen haben den Vorzug, dass mit dem Kapital auch die unternehmerische Erfahrung investiert wird und dass das unternehmerische Risiko der Kapitalanlage in vollem Umfang vom Investor getragen wird. Demgegenüber besteht zur Absicherung der politischen Risiken die Möglichkeit, die Investitionsrisikogarantie in Anspruch zu nehmen. Die Anlage privaten schweizerischen Kapitals soll deshalb durch die Sicherung eines ausreichenden Rechtsschutzes auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages gefördert werden. Die Bereitschaft eines Staates zum Abschluss eines Abkommens über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen (Investitionsschutzabkommen) darf

als Ausdruck für ein gutes Investitionsklima für ausländische private Kapitalanlagen betrachtet werden. Bis heute hat die Schweiz mit 34 Staaten Investitionsschutzabkommen oder Abkommen mit einer Investitionsschutzklausel abgeschlossen. Zusätzlich werden mit verschiedenen weiteren Ländern Gespräche über die Wünschbarkeit einer derartigen zwischenstaatlichen Vereinbarung geführt. Besondere Bedeutung kommt den Abkommen im Zusammenhang mit der schweizerischen Investitionsrisikogarantie zu, weil nach Artikel 1 Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 20. März 1970 (AS 1970 1133) über die Investitionsrisikogarantie die Gewährung der Garantie davon abhängig gemacht werden kann, dass mit dem Staat, in dem die Investition getätigt wird, eine solche Vereinbarung besteht.

## 2. Resultat der bisherigen Gespräche mit Panama

Die seit anfangs 1983 mit Panama geführten Verhandlungen konnten abgeschlossen werden. Das für die Ratifikation von Staatsverträgen zuständige panamaische Organ tritt nur einmal jährlich zusammen, dieses Jahr vom 11. Oktober bis 11. November. Da nächstes Jahr in Panama Parlamentswahlen bevorstehen und es nicht sicher ist, ob die Kräfteverhältnisse gleich bleiben, hat die Schweiz ein Interesse, den ausgehandelten Vertrag noch in diesem Jahr zu unterzeichnen, so dass die parlamentarische Behandlung des Abkommens in Panama während der bevorstehenden Herbstsession erfolgen kann. Als letztmöglicher Zeitpunkt für die Unterzeichnung ist von panamaischer Seite der 20. Oktober 1983 genannt worden. Aufgrund von Informationen unserer Vertretung in Panama muss damit gerechnet werden, dass die Aushandlung eines gleich günstigen Abkommens unter einem neu gewählten panamaischen Parlament nicht zum vornherein mehr gegeben wäre.

## 3. Inhalt des Investitionsschutzabkommens mit Panama

Die bisher von der Schweiz abgeschlossenen und ins Auge gefassten Investitionsschutzabkommen stimmen inhaltlich weitgehend überein.

Auch der mit Panama ausgehandelte Vertragstext weicht materiell nicht von den bisher von der Schweiz auf diesem Gebiet vertretenen Grundsätzen ab. Die wichtigeren Bestimmungen des beiliegenden Abkommens regeln folgende Belange:

- Artikel 2 und 6: Behandlung

Die Vertragsparteien sichern eine gerechte Behandlung der auf ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen und Gesellschaften der andern Vertragspartei vorgenommenen Investitionen zu. Diese Behandlung darf nicht schlechter sein als diejenige, die den eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften eingeräumt wird. Soweit jedoch Auslandsinvestoren besser behandelt werden als Inlandsinvestoren, gilt jene günstigere Behandlung.

- Artikel 3: freier Transfer

Für laufende Erträge, Darlehensrückzahlungen, Lizenzgebühren und Liquidationserlöse gilt der Grundsatz des freien Transfers.

- Artikel 4: Enteignungen

Enteignungen und ihnen gleichzustellende Massnahmen dürfen nur im öffentlichen oder sozialen Interesse und gegen Zahlung einer prompten, effektiven und angemessenen Entschädigung vorgenommen werden, wobei zudem der Grundsatz der Nichtdiskriminierung zu beachten ist.

In einem Briefwechsel zum Abkommen wird festgehalten, dass Panama vom Grundsatz der prompten Entschädigung in dem Sinne abweichen kann, als diese in bestimmten Ausnahmefällen (Krieg, schwerwiegende Störung der öffentlichen Ordnung oder eines dringenden sozialen Interesses) erst dann zu erfolgen hat, wenn das Motiv, das zur Enteignung geführt hat, zu existieren aufgehört hat

- Artikel 9 und 10: Meinungsverschiedenheiten

Neben der üblichen Klausel über die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien (Art. 10) enthält das Abkommen eine Bestimmung über die Schlichtung von Investi-

tionsstreitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und dem Investor einer andern Vertragspartei. Im letzten von der Schweiz abgeschlossenen Investitionsschutzabkommen mit Sri Lanka wurde zu diesem Zweck das Uebereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, das sogenannte Washingtoner Uebereinkommen von 1965 (AS 1968 982), vorgesehen. Da Panama diesem Uebereinkommen nicht beigetreten ist, haben wir dessen Vorschlag angenommen, in diesem Falle die Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) anzuwenden, es sei denn, die Auseinandersetzung könne auf gutlichem Wege oder aufgrund eines andern von den Parteien vorgängig festgesetzten Verfahrens beigelegt werden. Die UNCITRAL-Schiedsregeln wurden mit Resolution 31/98 von der UNO-Generalversammlung am 15. Dezember 1976 gutgeheissen. Obwohl die Schweiz als Nichtmitglied der UNO an dieser Abstimmung nicht beteiligt war, entsprechen die UNCITRAL-Schiedsregeln, deren Anwendung weltweit ständig zunimmt, unserem Rechtsempfinden. Für schweizerische Investoren in Panama dürfte insbesondere von Vorteil sein, dass sie bei einem Investitionsstreit mit dem panamaischen Staat ohne Erschöpfung des in Lateinamerika generell langwierigen innerstaatlichen Verwaltungs- und Gerichtsverfahrens eine Streiterledigung gemäss UNCITRAL-Schiedsordnung verlangen können. Ein panamaischer Investor kann in der Schweiz selbstverständlich das gleiche Recht beanspruchen, da Investitionsschutzabkommen von reziproker Natur sind. Allerdings dürfte es sich dabei um einen hypothetischen Fall handeln, gibt es doch keine Investitionen aus Panama in der Schweiz.

- Artikel 11: Inkraftsetzung, Dauer, Beendigung

Das Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, da beide Regierungen sich gegenseitig unterrichtet haben, dass sie den verfassungsmässigen Bedingungen über Abschluss und Inkrafttreten von internationalen Abkommen nachgekommen sind. Es bleibt während

fünf Jahren in Kraft. Sofern keine Vertragspartei das Abkommen sechs Monate vor Ablauf der vereinbarten Frist kündigt, gilt es jeweils für die Dauer von weiteren zwei Jahren. Für Investitionen, die vor der Ausserkraftsetzung des Abkommens vorgenommen wurden, bleiben dessen Bestimmungen noch während zehn Jahren anwendbar.

#### 4. Verfassungsmässigkeit des Abkommens

Nach Artikel 1 des Bundesbeschlusses vom 27. September 1963 (SR 975), der am 14. Dezember 1973 durch Bundesbeschluss um zehn Jahre verlängert wurde (SR 975.1), ist der Bundesrat ermächtigt, Abkommen über den Schutz und die Förderung von Kapitalinvestitionen in eigener Kompetenz abzuschliessen. Diese Ermächtigung umfasst auch die Vereinbarung über Schiedsgerichtsbarkeit gemäss Artikel 9. Neu ist lediglich, dass auf die UNCITRAL-Regeln Bezug genommen wird.

#### 5. Finanzielle und personelle Auswirkungen für den Bund

Der Abschluss eines Investitionsschutzabkommens mit Panama begründet keinerlei finanzielle Verpflichtungen für den Bund; ebenso ist damit keine zusätzliche personelle Belastung verbunden.

#### 6. Stellungnahme der interessierten Aemter

Direktion für Völkerrecht und Bundesamt für Justiz: einverstanden

#### 7. Antrag

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen

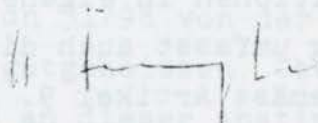
b e a n t r a g e n

wir Ihnen:

1. den Wortlaut des beiliegenden Abkommens zwischen der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung der Republik Panama über die gegenseitige Förderung und den Schutz von Investitionen zu genehmigen;

2. den schweizerische Geschäftsträger in Panama, René Rodé, zu ermächtigen, das Abkommen zu unterzeichnen und im Namen des Bundesrates zu notifizieren, dass auf schweizerischer Seite die verfassungsmässigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.
3. die Bundeskanzlei zu beauftragen, die erforderliche Unterzeichnungsvollmacht auszustellen.
4. Die Bundeskanzlei zu beauftragen, das Abkommen in der Gesetzessammlung zu veröffentlichen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT



Beilage:

Investitionsschutzabkommen mit Panama

Protokollauszug an:

EVD 15 Ex. (7 Ex. GS, 8 Ex. BAWI)

EDA 10 Ex.

EJPD 10 Ex.

Artikel 11: Inkrafttrettung, Dauer, Beendigung

Das Abkommen tritt in Kraft, sobald es von beiden Parteien gegenseitig anerkannt worden ist. Die Parteien verpflichten sich gegenseitig zu erklären, dass sie den Bestimmungen des Abkommens zustimmen und sich verpflichtet haben, diese zu befolgen. Die Parteien verpflichten sich gegenseitig zu erklären, dass sie den Bestimmungen des Abkommens zustimmen und sich verpflichtet haben, diese zu befolgen. Die Parteien verpflichten sich gegenseitig zu erklären, dass sie den Bestimmungen des Abkommens zustimmen und sich verpflichtet haben, diese zu befolgen.

Le Gouvernement de la Confédération Suisse et le Gouvernement  
de la République du Panama

ACCORD ENTRE

relatif au désir de renforcer la coopération économique entre  
les deux Etats;

LE GOUVERNEMENT DE LA CONFEDERATION SUISSE

considérant le rôle complémentaire que jouent les investissements  
de capitaux privés étrangers dans le processus du développement  
économique et le droit qui **ET** incombe à chaque Etat de déterminer  
le rôle et de définir les conditions de la participation des in-  
vestissements étrangers à ce processus;

affirmant **LE GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE DU PANAMA** international  
de capitaux, il est nécessaire d'établir et de maintenir un cli-  
mat approprié pour le développement et le rétablissement des in-  
vestissements privés, qui respectent pleinement la souveraineté  
et en plein accord avec les lois du pays hôte ayant juridiction  
sur eux et se conformant **CONCERNANT** ceux et aux priorités adoptées  
par le pays hôte pour assurer l'affidabilité de leur contribution  
au développement;

signalant leur intention commune de créer des conditions favo-  
rables

**LA PROMOTION ET LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS**

entre les deux Etats et  
encourageant la coopération entre leurs ressortissants et socié-  
tés privées ou de droit public dans les domaines de la technolo-  
gie, de l'industrialisation et de la productivité; et

reconnaisant la nécessité de protéger les investissements des  
ressortissants et sociétés des deux Etats et de stimuler le  
transfert de capitaux en vue de promouvoir la prospérité écono-  
mique des deux Etats;

est convenu de ce qui suit:



Le Gouvernement de la Confédération Suisse et le Gouvernement de la République du Panama

Réitérant le désir de renforcer la coopération économique entre les deux Etats;

Considérant le rôle complémentaire que jouent les investissements de capitaux privés étrangers dans le processus du développement économique et le droit qui incombe à chaque Etat de déterminer ce rôle et de définir les conditions de la participation des investissements étrangers à ce processus;

Affirmant que pour promouvoir et maintenir le flux international de capitaux, il est nécessaire d'établir et de maintenir un climat approprié pour le développement et le rétablissement des investissements privés, qui respectent pleinement la souveraineté et en plein accord avec les lois du pays hôte ayant juridiction sur eux et se conformant aux politiques et aux priorités adoptées par le pays hôte pour assurer l'efficacité de leur contribution au développement;

Signalant leur intention commune de créer des conditions favorables aux investissements de capitaux dans les deux Etats et d'intensifier la coopération entre leurs ressortissants et sociétés privées ou de droit public dans les domaines de la technologie, de l'industrialisation et de la productivité; et

Reconnaissant la nécessité de protéger les investissements des ressortissants et sociétés des deux Etats et de stimuler le transfert de capitaux en vue de promouvoir la prospérité économique des deux Etats;

Sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Chaque Partie Contractante encouragera, dans la mesure du possible, les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante et admettra ces investissements conformément à ses dispositions légales en vigueur.

Article 2

a) Chaque Partie Contractante protégera sur son territoire les investissements effectués conformément à sa législation par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante et n'empêchera pas, par des mesures indues ou discriminatoires, la gestion, l'entretien, l'utilisation, la jouissance, l'accroissement, la vente et, le cas échéant, la liquidation de tels investissements. Chaque Partie Contractante s'efforcera de délivrer les autorisations nécessaires en relation avec ces investissements et permettra, dans le cadre de sa législation, l'exécution de contrats de licence, d'assistance technique, commerciale ou administrative. Chaque Partie Contractante s'efforcera également, chaque fois que cela sera nécessaire, de donner les autorisations requises en ce qui a trait aux activités professionnelles de consultants ou d'experts engagés par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante.

b) Chaque Partie Contractante assurera sur son territoire un traitement juste et équitable, conformément à sa juridiction interne et aux normes du droit international, aux investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante. Ce traitement sera au moins égal à celui accordé par chaque Partie Contractante aux investissements effectués sur son territoire par ses propres ressortissants ou sociétés ou, s'il est plus favorable, par les ressortissants ou sociétés de la nation la plus favorisée.

c) Le traitement mentionné ci-dessus ne s'appliquera pas aux privilèges qu'une Partie Contractante accorde aux ressortissants et sociétés d'un Etat tiers en vertu de sa participation ou de son association à une union douanière, un marché commun ou une zone de libre-échange.

### Article 3

Chaque Partie Contractante convient que, en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante, la convertibilité des paiements énumérés ci-dessous ainsi que leur transfert continueront à s'effectuer librement et sans restriction :

- (a) intérêts, dividendes, bénéfices et autres revenus courants;
- (b) amortissements et remboursements contractuels;
- (c) montants destinés à couvrir les frais relatifs à la gestion des investissements;
- (d) redevances et autres paiements découlant de droits de licence et d'assistance commerciale, administrative ou technique;
- (e) apports supplémentaires de capitaux nécessaires à l'entretien ou au développement des investissements;
- (f) produit de la vente ou d'une liquidation partielle ou totale d'un investissement, y compris les plus-values éventuelles.

- 4 -

Article 4

Aucune des Parties Contractantes ne prendra des mesures d'expropriation, de nationalisation ou de dépossession, directes ou indirectes, à l'encontre d'investissements appartenant à des ressortissants ou à des sociétés de l'autre Partie Contractante, sauf pour des raisons d'utilité publique ou d'intérêt social et à condition que ces mesures ne soient pas discriminatoires, qu'elles soient conformes aux prescriptions légales en vigueur et qu'elles donnent lieu au paiement d'une indemnité effective et adéquate. Le montant de l'indemnité, qui devra être fixé au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou de la dépossession, sera versé à l'ayant-droit, quel que soit son domicile ou son siège, dans une monnaie librement transférable, sans retard injustifié.

Article 5

Le présent accord s'appliquera également aux investissements effectués légalement sur le territoire d'une Partie Contractante par des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante avant l'entrée en vigueur du présent accord. Mais l'accord ne s'appliquera en aucun cas aux différends ou litiges survenus avant l'entrée en vigueur de cet accord.

Article 6

Dans le cas où l'une des Parties Contractantes a convenu avec des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante des conditions plus favorables, ces conditions remplacent celles convenues dans le présent accord.

Article 7

Dans le cas où l'une des Parties Contractantes a accordé une garantie financière contre des risques non commerciaux pour un investissement effectué par un ressortissant ou une société sur le territoire de l'autre Partie Contractante, et si la première Partie Contractante a effectué un paiement à son propre ressortissant ou à sa propre société, l'autre Partie Contractante reconnaîtra les droits de la première Partie Contractante aux droits de l'investisseur en vertu du principe de subrogation.

Article 8

Aux fins du présent accord :

- a) Les "ressortissants" sont les personnes physiques qui, d'après la législation de chacun des Etats Contractants, selon le cas, ont la nationalité ou la citoyenneté de cet Etat.
- b) Les "sociétés" sont :
  - i) en ce qui concerne la Confédération Suisse, les collectivités, établissements ou fondations ayant la personnalité juridique, ainsi que les sociétés en nom collectif ou en commandite et les autres communautés de personnes sans personnalité juridique dans lesquelles des ressortissants suisses ont, directement ou indirectement, un intérêt prépondérant;
  - ii) en ce qui concerne la République du Panama, toutes les personnes juridiques constituées conformément à la législation en vigueur au Panama, ainsi que les sociétés et associations avec ou sans personnalité juridique qui ont leur siège sur le territoire de la République du Panama, à l'exception des sociétés d'Etat.

c) Le terme "investissements" englobe toutes les catégories de biens comme par exemple :

- i) la propriété de biens mobiliers et immobiliers, ainsi que tous autres droits et sûretés réels;
- ii) parts sociales et autres formes de participations dans des sociétés;
- iii) créances monétaires ou droits à des prestations ayant une valeur économique;
- iv) droits d'auteur et droits de propriété industrielle (tels que brevets d'invention, marques de fabrique ou de commerce, dessins industriels), savoir-faire, noms commerciaux et clientèle ("Goodwill");
- v) concessions de droit public, y compris les concessions de recherche, d'extraction ou d'exploitation de ressources naturelles.

Article 9

Afin de trouver une solution aux divergences relatives à des investissements entre une Partie Contractante et un ressortissant ou une société de l'autre Partie Contractante et sans préjudice de l'Article 10, des consultations amicales auront lieu dans ce but entre les parties concernées.

Si ces consultations amicales n'apportent pas de solution dans un délai de six mois, les parties intéressées devront recourir aux procédures spécifiques convenues entre la Partie Contractante et le ressortissant ou la société de l'autre Partie Contractante. En l'absence de telles procédures spécifiques, le différend sera soumis à l'arbitrage international conformément au Règlement d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le Droit Commercial International, tel qu'il a été adopté par l'Assemblée Générale des Nations Unies dans sa résolution 31/98 du 15 décembre 1976 et compte tenu des dispositions du présent accord. L'autorité de nomination prévue dans l'Article 7 du Règlement d'arbitrage sus-mentionné est le Secrétaire général de la Cour permanente d'arbitrage de La Haye.

Article 10

- a) Les différends entre les Parties Contractantes au sujet de l'interprétation ou de l'application des dispositions du présent accord seront réglés par la voie diplomatique.
- b) Si les deux Parties Contractantes n'arrivent pas à un règlement dans les six mois, le différend sera soumis, à la requête de l'une ou l'autre Partie Contractante, à un tribunal arbitral composé de trois membres. Chaque Partie Contractante désignera un arbitre. Les deux arbitres ainsi désignés nommeront un président qui devra être ressortissant d'un Etat tiers.
- c) Si l'une des Parties Contractantes n'a pas désigné son arbitre et qu'elle n'a pas donné suite à la demande adressée par l'autre Partie Contractante de procéder dans les deux mois à cette désignation, l'arbitre sera nommé, à la requête de cette dernière Partie Contractante, par le Président de la Cour internationale de Justice.
- d) Si les deux arbitres ne peuvent se mettre d'accord sur l'élection du président dans les deux mois suivant leur désignation, ce dernier sera nommé, à la requête de l'une ou l'autre Partie Contractante, par le Président de la Cour internationale de Justice.
- e) Si, dans les cas prévus aux paragraphes c) et d) de cet article, le Président de la Cour internationale de Justice est empêché d'exercer son mandat ou s'il est ressortissant de l'une des Parties Contractantes, les nominations seront faites par le Vice-Président et, si ce dernier est empêché ou s'il est ressortissant de l'une des Parties Contractantes, elles seront faites par le membre le plus ancien de la Cour qui n'est ressortissant d'aucune des Parties Contractantes.
- f) A moins que les Parties Contractantes n'en disposent autrement, le tribunal fixera lui-même sa procédure.
- g) Les décisions du tribunal seront obligatoires pour les Parties Contractantes.



Article 11

a) Le présent accord entrera en vigueur le jour où les deux gouvernements se seront notifié que les formalités constitutionnelles requises pour la conclusion et la mise en vigueur d'accords internationaux ont été accomplies. L'accord restera valable pour une durée de cinq ans; s'il n'est pas dénoncé par écrit six mois avant l'expiration de cette période, il sera considéré comme renouvelé pour une durée de deux ans, et à l'avenir sera renouvelé de la même manière.

b) En cas de dénonciation, les dispositions prévues aux articles 1 à 10 ci-dessus s'appliqueront encore pendant une durée de dix ans aux investissements effectués avant la dénonciation.

Fait à \_\_\_\_\_, le \_\_\_\_\_,  
 en quatre originaux, dont deux en français et deux en espagnol,  
 les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la  
 Confédération Suisse

Pour le Gouvernement de la  
 République du Panama



## ABKOMMEN ZWISCHEN

## DER REGIERUNG DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT

## UND

## DER REGIERUNG DER REPUBLIK PANAMA

## UEBER

## DIE FOERDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

Die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft und die Regierung der Republik Panama,

vom Wunsche geleitet, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu verstärken;

in Anerkennung der ergänzenden Rolle, die ausländische Privatinvestitionen im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess spielen sowie des jedem Staate zukommenden Rechts, diese Rolle festzulegen und die Bedingungen der Teilnahme ausländischer Investitionen an diesem Prozess zu definieren;

in der Ueberzeugung, dass zur Förderung und Aufrechterhaltung eines internationalen Kapitalflusses die Schaffung und Aufrechterhaltung eines geeigneten Klimas notwendig ist für die Entwicklung und Erhaltung der Privatinvestitionen, welche die Souveränität und die Gesetze des Gastlandes, deren Jurisdiktion sie unterstehen, voll zu respektieren und sich an die vom Gastland festgelegte Politik und Prioritäten zu halten haben, um die Wirksamkeit ihres Entwicklungsbeitrages sicherzustellen;

in der Absicht, in beiden Staaten günstige Voraussetzungen für Kapitalinvestitionen zu schaffen und die Zusammenarbeit zwischen ihren Staatsangehörigen und Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts auf dem Gebiete der Technologie, der Industrialisierung und der Produktivität zu verstärken; und

in Erkenntnis der Notwendigkeit, Investitionen von Staatsangehörigen und Gesellschaften beider Staaten zu schützen und den Kapitaltransfer zugunsten des wirtschaftlichen Wohlstandes beider Staaten zu fördern;

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Jede Vertragspartei fördert, soweit dies möglich ist, auf ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der andern Vertragspartei und lässt solche Investitionen gemäss den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu.

Artikel 2

a) Jede Vertragspartei schützt auf ihrem Hoheitsgebiet Investitionen, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der andern Vertragspartei im Rahmen ihrer Gesetzgebung gemacht wurden und ist dafür besorgt, die Verwaltung, den Unterhalt, den Gebrauch, den Genuss, die Ausdehnung, den Verkauf, und, sollte dies der Fall sein, die Liquidation derartiger Investitionen nicht durch ungebührliche oder diskriminatorische Massnahmen zu behindern. Jede Vertragspartei ist bestrebt, die erforderlichen Bewilligungen im Zusammenhang mit solchen Investitionen zu erteilen, und im Rahmen ihrer Gesetzgebung die Ausführung von Lizenzverträgen sowie von Verträgen über technische, kommerzielle und administrative Unterstützung zu erlauben. Falls erforderlich, ist jede Vertragspartei ebenfalls bestrebt, die notwendigen Bewilligungen für die berufliche Tätigkeit von Beratern und Experten, die durch Staatsangehörige oder Gesellschaften der andern Vertragspartei eingestellt wurden, zu erteilen.

b) Jede Vertragspartei sichert innerhalb ihres Hoheitsgebietes den Investitionen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der andern Vertragspartei eine gerechte und billige Behandlung zu in Uebereinstimmung mit ihrer nationalen Rechtsordnung und den Regeln des Völkerrechts. Diese Behandlung entspricht zumindest derjenigen, die jede Vertragspartei den Investitionen zukommen lässt, die auf ihrem Hoheitsgebiet von den eigenen

Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder von den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der meistbegünstigten Nation - falls diese Bedingungen vorteilhafter sind - getätigt werden.

c) Die obenerwähnte Behandlung ist nicht anwendbar bei Privilegien, die die eine oder andere Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines Drittstaates gewährt aufgrund derer Mitgliedschaft bei oder Assoziation mit einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone.

### Artikel 3

Jede Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet Investitionen durch die Staatsangehörigen oder Gesellschaften der andern Vertragspartei getätigt wurden, ist einverstanden, dass die Konvertibilität der unten aufgeführten Zahlungen sowie ihr Transfer weiterhin frei und ohne Einschränkungen vorgenommen werden können:

- a) Zinsen, Dividenden, Gewinne und andere laufende Erträge;
- b) Amortisationen und vertraglich vereinbarte Rückerstattungen;
- c) Beträge, die zur Kostendeckung der Investitionsverwaltung bestimmt sind;
- d) Abgaben und andere Zahlungen aus Lizenzrechten und aus kommerzieller, administrativer oder technischer Unterstützung;
- e) zusätzliche Kapitaleleistungen, die für die Erhaltung oder die Entwicklung der Investitionen benötigt werden;
- f) Erlös aus Verkauf und aus teilweiser oder gänzlicher Kapitalliquidation, einschliesslich eventuellen Wertzuwachses.

Artikel 4

Keine der Vertragsparteien ergreift auf direktem oder indirektem Wege Massnahmen zur Enteignung, Nationalisierung oder Besitzesentziehung von Investitionen Staatsangehöriger oder Gesellschaften der andern Vertragspartei; ausser wenn diese Massnahmen im öffentlichen oder sozialen Interesse ohne Diskriminierung und unter Einhaltung der geltenden gesetzlichen Vorschriften sowie gegen eine effektive und angemessene Entschädigung erfolgten. Der Entschädigungsbetrag, der zum Zeitpunkt der Enteignung, Nationalisierung oder Besitzesentziehung festgesetzt werden soll, wird in einer frei transferierbaren Währung beglichen und der berechtigten Person ohne ungebührlichen Verzug überwiesen, welches auch ihr Wohnsitz oder Sitz sei.

Artikel 5

Das Abkommen ist ebenfalls auf Investitionen anwendbar, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der andern Vertragspartei vor Inkrafttreten dieses Abkommens rechtsgültig auf dem Gebiete einer Vertragspartei vorgenommen wurden. In keinem Fall ist das Abkommen jedoch auf Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind, anwendbar.

Artikel 6

Falls eine der Vertragsparteien mit Staatsangehörigen oder Gesellschaften der andern Vertragspartei günstigere Bestimmungen vereinbart hat, ersetzen diese die in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen.

Artikel 7

Hat eine der Vertragsparteien für eine Investition, die durch einen Staatsangehörigen oder eine Gesellschaft auf dem Hoheitsgebiet der andern Vertragspartei getätigt wurde, eine finanzielle Garantie gegen nichtkommerzielle Risiken gewährt und hat die erste Vertragspartei eine Zahlung an ihren eigenen Staatsangehörigen oder ihre eigene Gesellschaft vorgenommen, so wird die andere Vertragspartei die Rechte der ersten Vertragspartei aufgrund des Subrogationsprinzips bezüglich der Rechte des Investors anerkennen.

Artikel 8

Mit Wirkung für dieses Abkommen bedeuten:

- a) Der Begriff "Staatsangehörige" bezeichnet natürliche Personen, die gemäss der Gesetzgebung der betreffenden Vertragspartei die Staatsangehörigkeit oder das Bürgerrecht dieses Staates besitzen.
- b) "Gesellschaften" sind:
  - i) in bezug auf die Schweizerische Eidgenossenschaft, Gesellschaften, Niederlassungen oder Stiftungen mit Rechtspersönlichkeit, sowie Kollektiv- oder Kommanditgesellschaften und sonstige Personengemeinschaften ohne Rechtspersönlichkeit, in denen schweizerische Staatsangehörige direkt oder indirekt ein vorherrschendes Interesse haben;
  - ii) in bezug auf die Republik Panama, alle juristischen Personen, die gemäss der geltenden Gesetzgebung von Panama gegründet wurden, sowie Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz auf dem Hoheitsgebiet der Republik Panama haben, mit Ausnahme von staatlichen Gesellschaften.



c) Der Begriff "Investitionen" umfasst alle Arten von Vermögenswerten wie beispielsweise:

- i) bewegliches und unbewegliches Vermögen sowie sämtliche sonstigen dinglichen Rechte und Bürgschaften;
- ii) Anteile und andere Formen von Beteiligungen an Gesellschaften;
- iii) Forderungen auf Geld oder irgendeine Leistung mit wirtschaftlichem Wert;
- iv) Urheberrechte und gewerbliche Eigentumsrechte (wie Erfindungspatente, Fabrik- und Handelsmarken, industrielle Muster und Modelle), "Know-how", Firmennamen und "Goodwill";
- v) Öffentlich-rechtliche Konzessionen mit Einschluss von Konzessionen zur Erforschung, Ausbeutung und Verwertung von Bodenschätzen.

#### Artikel 9

Zur gütlichen Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der andern Vertragspartei finden unter Vorbehalt von Artikel 10 dieses Abkommens Konsultationen zwischen den beteiligten Parteien statt.

Falls diese Konsultationen zu keiner gütlichen Beilegung des Streitfalls innerhalb einer Frist von sechs Monaten führen, wenden die interessierten Parteien gegebenenfalls ein zwischen einer Vertragspartei und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der andern Vertragspartei vereinbartes spezifisches Verfahren an. Ist ein solches Verfahren nicht vorgesehen, wird der Streitfall einem internationalen Schiedsgerichts-

verfahren unterworfen in Uebereinstimmung mit den Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht, wie sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Resolution 31/98 vom 15. Dezember 1976 angenommen worden sind sowie unter Berücksichtigung der Bestimmungen dieses Abkommens. Die in Artikel 7 der obengenannten Schiedsregeln vorgesehene Ernennungsinstanz ist der Generalsekretär des Ständigen Schiedshofes in Den Haag.

#### Artikel 10

- a) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien in bezug auf die Auslegung oder Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege beigelegt.
- b) Ist eine Verständigung zwischen beiden Vertragsparteien nicht innerhalb von sechs Monaten möglich, wird der Rechtsstreit auf Verlangen der einen oder andern Vertragspartei einem aus drei Mitgliedern bestehenden Schiedsgericht unterbreitet. Jede Vertragspartei bezeichnet einen Schiedsrichter und diese beiden Schiedsrichter ernennen einen Vorsitzenden, der Angehöriger eines Drittstaates sein muss.
- c) Hat eine der Vertragsparteien ihren Schiedsrichter nicht bezeichnet und ist sie der Aufforderung seitens der andern Vertragspartei, innerhalb von zwei Monaten diese Bezeichnung vorzunehmen, nicht nachgekommen, so wird der Schiedsrichter auf Begehren der letzteren Vertragspartei vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.
- d) Können die beiden Schiedsrichter sich über die Wahl des Vorsitzenden nicht innerhalb von zwei Monaten seit dem Zeitpunkt ihrer Bezeichnung einigen, so wird dieser auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.

e) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofes - in den Fällen, die in den Paragraphen c) und d) dieses Artikels erwähnt sind - nicht in der Lage, sein Mandat auszuüben oder ist er Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien, so werden die Ernennungen vom Vizepräsidenten vorgenommen. Ist auch er verhindert oder ein Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien, so werden die Ernennungen durch das amtsälteste Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger einer der beiden Vertragsparteien ist, vorgenommen.

f) Sofern die Vertragsparteien nicht anders bestimmen, setzt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst fest.

g) Die Entscheide des Schiedsgerichtes sind verbindlich für beide Vertragsparteien.

#### Artikel 11

a) Das Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, da beide Regierungen sich gegenseitig unterrichtet haben, dass sie den verfassungsmässigen Bestimmungen über Abschluss und Inkrafttreten von internationalen Abkommen nachgekommen sind. Es bleibt in Kraft während der Dauer von fünf Jahren; sofern keine Vertragspartei das Abkommen sechs Monate vor Ablauf der vereinbarten Fünfjahresperiode schriftlich kündigt, gilt es jeweils für die Dauer von zwei Jahren erneuert.

b) Im Falle einer Kündigung dieses Abkommens bleiben die in Artikel 1-10 enthaltenen Bestimmungen für Investitionen, die vor der Kündigung vorgenommen wurden für eine weitere Zehnjahresperiode anwendbar.

- 9 -

Schweizerisches Antwortschreiben zu Artikel 4

Geschehen in Ortschaftsabkommen Schweiz - Panama, den  
in vier Originalausfertigungen, wovon je zwei in französischer  
und spanischer Sprache.

Panama,

Herr Minister

Für den Schweizerischen Bundesrat: Für die Regierung der  
Republik Panama:

"Was den Zeitpunkt der Auszahlung der Entschädigung gemäss  
Artikel 4 des Abkommens über die Förderung und den Schutz  
von Investitionen zwischen der Schweizerischen Eidgenossen-  
schaft und der Republik Panama betrifft, wird dem Exekutiv-  
organ der Republik Panama zugestanden, ausnahmsweise im  
Falle von Krieg, von schweren Störungen der öffentlichen  
Ordnung oder wenn es das dringende soziale Interesse ge-  
bietet, den Wert der durch eine Enteignung oder eine Be-  
setzung erlittenen Schäden und Nachteile, zum Zeitpunkt der  
Beendigung der oben erwähnten Ereignisse zu bezahlen in  
Übereinstimmung mit der entsprechenden Bestimmung von  
Artikel 47 der Verfassung der Republik Panama. Falls sich  
eine solche Situation über längere Zeit hinziehen sollte,  
einigen sich die Vertragsparteien darauf, spezielle Vertre-  
ter zu ernennen, um die daraus sich ergebenden Probleme  
erstinstanzlich zu prüfen und wenn möglich zu lösen."

Ich beehre mich, Ihnen meine Zustimmung zum Inhalt Ihres  
Briefes zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner vor-  
züglichen Hochachtung.

René Rodé  
Geschäftsträger a.i.

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT

Schweizerisches Antwortschreiben zu Artikel 4  
des Investitionsschutzabkommens Schweiz - Panama

Panama,

Herr Minister

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom  
 Bericht über die Klein- zu bestätigen, der wie folgt lautet:

"Was den Zeitpunkt der Auszahlung der Entschädigung gemäss Artikel 4 des Abkommens über die Förderung und den Schutz von Investitionen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Panama betrifft, wird dem Exekutivorgan der Republik Panama zugestanden, ausnahmsweise im Falle von Krieg, von schweren Störungen der öffentlichen Ordnung oder wenn es das dringende soziale Interesse gebietet, den Wert der durch eine Enteignung oder eine Besetzung erlittenen Schäden und Nachteile, zum Zeitpunkt der Beendigung der oben erwähnten Ereignisse zu bezahlen in Uebereinstimmung mit der entsprechenden Bestimmung von Artikel 47 der Verfassung der Republik Panama. Falls sich eine solche Situation über längere Zeit hinziehen sollte, einigen sich die Vertragsparteien darauf, spezielle Vertreter zu ernennen, um die daraus sich ergebenden Probleme erstinstanzlich zu prüfen und wenn möglich zu lösen."

Ich beehre mich, Ihnen meine Zustimmung zum Inhalt Ihres Briefes zu bestätigen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

René Rodé  
 Geschäftsträger a.i.

NO.	OBJ.	ANZ.	IMP.
	SSA		
X	EDI	1	-
X	EPU	3	-
	EMD		
X	EFD	2	-
	EVD	16	-
	EVED		
X	MC	2	-
X	ETC	1	-
X	PLD	3	-